

Danziger Zeitung.

No 16421.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntagen, Abends und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettnerbager-
gasse Nr. 4 und bei allen hiesigen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten
für die Petitzeile oder deren Raum 20 S. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inseratsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen

1887.

Politische Uebersicht.

Danzig, 23. April.

300 Millionen neuer Militärausgaben.

In Anknüpfung an das Reichsgesetz vom 11. März 1887 und die dadurch gesetzlich festgestellte Erhöhung der Friedenspräsenzstärke der Armee ist dem Reichstage, wie bekannt, ein Nachtrag zum Etat der Verwaltung des Reichsheeres von 1887/88 und der Entwurf eines Anleihegesetzes zugegangen. Die fortwährenden Ausgaben, welche durch das Militärgesetz notwendig werden, sind, um es noch einmal zu wiederholen, entsprechend dem bereits dem vorigen Reichstage vorgelegten Vorschlag um 19 408 019 Mark gestiegen. Die einmaligen Ausgaben waren auf 22 Millionen Mark veranschlagt, aber dabei waren die Ausgaben für die Kasernierung der neuen Truppenteile nicht in Anschlag gebracht. In dem Nachtragsetat sind diese auf 13 Mill. Mark beziffert und somit erhöhen sich die einmaligen Ausgaben auf 36 754 530 Mark. Diese Nachforderungen würden Niemanden überrascht haben. Der Nachtragsetat aber beantragt sich damit nicht. Schon für das laufende Etatsjahr wird eine Mehrforderung von über 52 Mill. Mark gestellt, zur Steigerung der Operations- und Schlagerfertigkeit des Heeres, davon allein im preussischen Etat 45 613 190 Mark. Um welche Ausgaben es sich hier handelt, ist aus dem Etat nicht zu ersehen. In den Erläuterungen ist nur bemerkt:

„Die nebenstehend geforderten Mittel sind bestimmt, diejenigen notwendigen Vervollständigungen und Ergänzungen des Kriegsmaterials zu bewerkstelligen, welche die Militärverwaltung mit den bisher verfügbaren gewöhnlichen Mitteln nicht in ausreichendem Maße hat erreichen können.“

Ob hierunter die Ausgabe für die Einführung des neuen Gewehrs und dergl. zu verstehen ist, darüber wird wohl erst weiterhin Aufschluss gegeben werden. Zur Ergänzung und Verstärkung der Festungen, bez. der Vertheidigungs-Einrichtungen in denselben, werden im Nachtragsetat 29 500 000 M. gefordert, aber dies ist nur etwa der vierte Theil des Gesamtbedarfs zur Deckung der Kosten der Veränderungen im Festungswesen, welche durch die auf dem Gebiete der Waffentechnik gemachten Fortschritte bedingt werden. Die Gesamtausgaben sind, wie oben bemerkt, auf 142,8 Mill. Mark veranschlagt, wovon 16,5 Mill. aus dem Reichsfonds gedeckt werden, so daß ein Bedarf von 126,3 Mill. M. übrig bleibt. Endlich enthält der Nachtragsetat eine Forderung von 36 314 000 M. für die Vervollständigung des deutschen Eisenbahnsystems im Interesse der Landesvertheidigung. Aber wie sich aus einer dem Etat beigegebenen Denkschrift ergibt, ist das nur die eine Hälfte der Verwendungen, welche aus Reichsmitteln für den bezeichneten Zweck in Anspruch genommen werden und die sich nach dem Vorschlag auf 67 270 592 M. belaufen.

Begründet wird die Aufwendung von Reichsmitteln damit, daß namentlich in Frankreich für die systematische Vermehrung der Transporthäfen nach der Ostgrenze, für die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Linien durch Doppelgleise und für die Herstellung der zur planmäßigen Abfertigung der Massentransporte erforderlichen Lade- und Entladeanlagen außerordentliche Aufwendungen gemacht worden seien. Gegenüber dieser Veranschlagung der Transportverhältnisse und dem von unserem Nachbar erreichten Grad von Kriegsbereitschaft von Heer und Land könne von einer entsprechenden Vervollständigung des deutschen Bahnnetzes, an dessen Leistungsfähigkeit bei der geographischen Lage und Gestaltung Deutschlands ohnehin größere Anforderungen herantraten, nicht länger abgesehen werden, wenn die rechtzeitige Versammlung unserer Streitkräfte zum Schutze der Grenzen sichergestellt und das Land gegen die Gefahr eines feindlichen Einfalls gesichert werden sollte. Nur unter dieser Voraussetzung lasse sich unsere sorgfältig vorbereitete Mobilisation zum Schutze der Grenze voll und rechtzeitig verwirklichen.

In der Hauptsache handelt es sich um die Herstellung zweier Eisenbahnen auf einzelnen Reichseisenbahnen, der baltischen Ludwigsbahn, der böhmischen, württembergischen und badiischen Staatsbahnen, um die Herstellung einer das schweizerische Gebiet umgebenden Eisenbahnverbindung zwischen dem Ober-Elbsaß und den süddeutschen Unterländern und um die Herstellung permanenter Militärtruppen und zugehöriger Ladegleise auf solchen Bahnhöfen, auf denen die rechtzeitige Herstellung derselben schwierig ist und auf denen bei jeder Mobilisation schon in den ersten Tagen Mannschafte- und Pferdetransporte zur Verladung gelangen. Ueber die Lasten, welche die Einzelstaaten über-

nehmen, sind am 11. März, am Tage der Vornahme des Militärgesetzes, Vereinbarungen getroffen worden, welche der Zustimmung der Landtage bedürfen. Bis diese erfolgt ist, hat das Reich die Mittel vorstufweise zur Verfügung zu stellen.

Soweit wir Kenntnis haben, hat die Höhe dieser militärischen Forderungen selbst die konservativen Kreise eine gewisse Ueberraschung hervorgerufen; aber da die Majorität sich schon beim Militärgesetz auf den Standpunkt gestellt hat, daß Forderungen, welche mit der militärischen Sicherheit der Nation und des Landes begründet werden, einer Discussion nicht unterliegen, so ist gar nicht daran zu zweifeln, daß der Reichstag die Forderungen ohne weiteres bewilligen wird. Daß die politischen Forderungen in dem Augenblick gestellt werden, wo im Reichstage die conservative und national-liberale Majorität in Action tritt, ist natürlich nur Zufall.

Der Zwischenfall Schnäbele

Wird seit gestern sehr angelegentlich discutirt. Officiell wird hierzu geschrieben: Es handelt sich hierbei augenscheinlich um nichts weniger und nichts mehr als um die Festnahme einer der Spionage im französischen Interesse stark verdächtige Persönlichkeit, d. h. um ein Verbrechen, wie es in letzter Zeit ja allerdings nicht vereinzelt da steht, ohne daß sich jedoch die öffentliche Meinung bei früheren Fällen in gleichem Maße erschütterte hätte. Die Untersuchung der Sache wird namentlich ihren gewöhnlichen Gang gehen und jedenfalls darthun, daß die diesseitigen Behörden pfllichtgemäße Wachsamkeit üben.

Wir empfangen hierzu noch folgendes Privat-Telegramm:

Köln, 23. April. Nach der „Köln. Ztg.“ ist Schnäbele nicht über die Grenze gelockt, sondern auf deutschem Gebiet verhaftet worden in dem Augenblicke, wo er Berichte eines seiner Spione entgegennahm. Nach Paris haben die mit der Untersuchung der Affäre Beauftragten, Oberstaatsanwalt Sadoul in Nancy und Gendarmier-Major Gauthier, nach Vernehmung zahlreicher Zeugen berichtet, daß die Verhaftung durch zwei in weiße Blousen verkleidete deutsche Polizisten auf französischem Gebiet erfolgte. Der Minister des Auswärtigen, Rouvier, telegraphirte an den französischen Botschafter in Berlin, Serbelloni, um von dem auswärtigen Amt Aufklärungen zu erlangen. Im Publikum wächst die Aufregung. Die radikale „France“ fordert Einberufung der Kammer. Der „Gaulois“ sagt, es müsse ein Mißverstand vorliegen, welcher Schnäbele in Frankreich festhalte.

Das letztere ist jedenfalls ein Zeichen, daß die Stimme der Vernunft noch keineswegs unterdrückt ist. Daß im übrigen die französische Regierung nach wie vor von friedlichen Gesinnungen beseelt ist, dafür hat sie gerade in diesen Tagen einen neuen Beweis geliefert. Dérouté nämlich hat über seinen Rücktritt Erklärungen abgegeben, aus denen zu entnehmen ist, daß die französische Regierung selbst es war, die Herrn Dérouté zum Rücktritt veranlaßte, was doch sicher das offenkundigste Zeugnis ihrer Friedfertigkeit ist. Dadurch erhält das Verschwinden des marktschreierischen Gepolsters vom politischen Schauplatz eine Bedeutung, welche der vielfach überschätzten Persönlichkeit Déroutés an sich gar nicht entspricht.

Der zweite Tag der kirchenpolitischen Verhandlung im Abgeordnetenhaus wurde fast ausschließlich durch den sog. evangelischen Kulturkampfverfug der Febr. v. Hammerstein u. Gen. in Anspruch genommen. Wenn Fürst Bismarck schon vorgestern zu erkennen gegeben hatte, daß er den Bestrebungen der Freikirche v. Hammerstein, Kleist-Regow u. s. w. entschieden abweisend gegenüber stehe, so konnte dieser Eindruck durch die gestrigen Reden nur verstärkt werden. Bestrebungen, mit denen man sich halbwegs auseinanderlegen will, pflegt man nicht, wie der Reichskanzler gestern that, für eine weltliche Intrigue zu erklären, weil zu jünger Weise der weltliche Dr. Büchel im Abgeordnetenhaus zuerst für die größere Unabhängigkeit und Selbstständigkeit des evangelischen Clerus eingetreten ist.

Im übrigen hat die gestrige Sitzung vollständig bestätigt, daß der Reichskanzler das ablehnende Verhalten der National-liberalen gegenüber der Vorlage nicht als ein Mißtrauensvotum ansieht. In seiner Rede gegen Freiherrn v. Hammerstein nahm er von dem beständigen Angriff des Herrn v. Synner gegen das Gesetz gar keine Notiz. Die Freikonservativen, welche sich durch ihr Schweigen ausnahmsweise für die Gebührende Erklärung, werden, zum Theil wenigstens, mit den wurde von Frau. Wendel mit dem besten Erfolge gespielt, die nicht allein ihr glückliches komisches Talent wirken läßt, sondern zugleich auf Natürlichkeit der Darstellung bedacht ist. Hr. Grähl spielte den Schustergehilfen Starke so wahr, frisch und herzlich, daß der lebhafteste Beifall, den er fand, ein wohl verdienter war. Die Geschwister Weigelt, die schlichte, brave Clara und der blasierte Leopold fanden in Frau. Fanto und in Herrn Schindler eine sehr gute Vertretung. Auch Hr. Schnelle als drolliger Klavierwirth Mehlmeier und Frau. Minna, sowie die Vertreter der kleineren Parteien halfen nach Kräften zum Gelingen des Ganzen.

Am nächsten Dienstage kommt ein Stück zur Darstellung, das vor einer Reihe von Jahren hier jugendlich war: das nach dem Werner'schen Gartenlauben-Roman bearbeitete Schauspiel „Am Altar“. Die Hauptpartie, welche früher hier von Neumann gespielt ist, giebt Hr. Ernst. Die Darstellung findet zum Benefiz des Hrn. Regisseurs Werber statt. Wir erlauben uns hier noch einmal auf das nicht realistische Schauspiel Barnas zurückzukommen, da es nach einer Notiz verschiedener Berliner Blätter erscheinen könnte, als wäre Herr Director Hofe

National-liberalen gegen die Vorlage stimmen. Von den Conservativen haben, nachdem selbst Hammerstein sich dem Reichskanzler unterworfen hat, neben Herrn Stöder nur noch einige hochconservative Herren den Muth ihrer Meinung. Bezeichnend war übrigens, daß der Reichskanzler Herrn Stöder keiner Antwort würdigte.

Die „Spaltungen“ unter den Freisinnigen.

„Unser Gegner erwidert sich“, schreibt die heute erschienene „Nation“, „an Hoffnungen auf eingetretene oder zu erwartende Spaltungen innerhalb der freisinnigen Partei. Man stellt die Sache so dar, als ob die bösen Manchestermänner einen Verzweiflungskampf gegen revolutionäre freisinnige Socialreformer auszufechten hätten. Thatsächlich haben diejenigen Mitglieder der Partei, welche als die entschiedensten Manchestermänner bezeichnet werden, sich zu keiner Zeit der ersten Erwägung social-reformatorischer Vorschläge entzogen, wie sie ja auch die entschiedensten Verfechter der wichtigsten Socialreform, der Befreiung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse von Zöllen und Steuern, sind. Wogegen sie früher wie heute eintreten, ist jene demagogische Socialpolitik, die auf dem politischen Markt mit unreifen Beglückungsplänen herumhantirt und unter dem Ausbange der Arbeiterfreundlichkeit allerlei eigennützige Geschäfte betreibt. Die dazu erforderliche politische Gewissenhaftigkeit steht der Partei heute ebensowenig zu Gebote wie früher. Jeder sachlich begründete Vorschlag findet dagegen bei der Partei ein offenes Ohr. Wer aus einer Differenz in der Behandlung socialpolitischer Fragen keine Spaltung auf eine Spaltung der freisinnigen Partei schöpft, der wird sich mit Geduld zu wappnen haben, ehe seine Hoffnungen in Erfüllung gehen.“

Im österreichischen Herrenhause

begründete gestern Schmerling den Antrag betreffs der Pragaischen Sprachenverordnung. Nachdem Ministerpräsident Graf Taaffe die Sprachenverordnung vertheidigt und sich für die Zuweisung an eine Commission ausgesprochen hatte, damit Gelegenheit gegeben sei, die Ausführungen Schmerling's noch mehr zu entkräften, wurde der Antrag Schmerling nicht einer Commission von 9, sondern nach dem Antrage des Ministers Falkenhayn einer solchen von 15 Mitgliedern zugewiesen. Derselbe wurde sofort gewählt.

Der Reichstag am Hofe von Belgrad.

Nach weiteren Informationen, welche über die schon kurz berührte, in der serbischen Königsfamilie herrschende Kluft eingetroffen sind, scheint die Schwierigkeit wenigstens theilweise politischer Natur zu sein. Königin Natalie ist eine Tochter des russischen Obersten Kischlo. Sie hat immer vertraute Verbindungen mit der russophilen Partei in Serbien und den Gegnern der anti-dynastischen und anti-gouvernementalen Partei unterhalten. Diese Thatsachen veranlaßten die Minister, um ihre Entlassung einzukommen, und schließlich verbot der König seiner Gemahlin peremptorisch, sich in Politik einzumischen. Der Wirth, welcher darauf zwischen dem Königspaare entstand, wurde noch verstärkt durch gewisse häusliche Differenzen und spitzte sich endlich so zu, daß die Königin sich entschloß, sich von ihrem Gemahl zu trennen und zu ihrer Familie in Rußland zurückzukehren.

Es wird nicht einmal der Versuch gemacht, die Sache zu vermindern, und sie bildet den Gegenstand des Gesprächs am Hofe, unter den Diplomaten und in geselligen Kreisen Belgrads.

Die englischen Liberalen und die irische Zwangsbill.

Die Liberalen Gladstone'scher Richtung setzen ihre entschiedene Befämpfung gegen die irische Criminalvorlage der Regierung fort. Bei einer im Stadthause von Shorebridge, London, abgehaltenen Rundgebung war Sir W. Harcourt, der frühere liberale Schatzkanzler, der Hauptredner. Während der 50 jährigen Regierung der Königin hätten alle Theile des Reichs geblüht, bis auf Irland. Während dieses Zeitraums seien 1 225 000 Irländer Hungers gestorben, 3 600 000 seien von den Gütern ausgenommen worden und 4 186 000 seien ausgewandert. Als Lord Salisbury noch Lord Robert Cecil gewesen sei, habe er einmal sehr richtig bemerkt, daß das Geheimniß der irischen Frage nicht darin bestünde, daß die Iren Gelten, daß sie Katholiken wären, oder sich von Demagogen verführen ließen, sondern die Ursache der irischen Zustände sei die englische Regierung. Die gegen Barnell von der „Times“ jetzt erhobenen Anklagen seien dieselben, welche ebendasselbe Blatt früher gegen Daniel O'Connell vorgebracht habe. Die

ohne Weiteres nach Zahlung einer Strafsomme von dem Contract zurückgetreten. Das ist, wie wir uns aus der vorliegenden Correspondenz überzeugen haben, nicht der Fall. Herr Barnay hat nachdrücklich seinen leidenden Gesundheitszustand als Grund angeführt, sein Gastspiel in Danzig nicht ausführen zu können, und in einem Telegramm des Agenten des Herrn Barnay wurde Herr Hofe vor die Alternative gestellt, entweder auf die Einhaltung des Contracts zu verzichten oder sich der Einmündung eines ärztlichen Attestes, das das Gastspiel für unmöglich erklärt, gewärtig zu halten. Es blieb unter diesen Umständen Herrn Hofe wohl nichts übrig, als zurückzutreten. Hr. Barnay hat dann in einem späteren Briefe den Widerspruch, daß er sich hier krank gemeldet hat und gleichzeitig in Berlin weitergespielt, dahin aufgeführt, daß er wohl im Stande sei, Tag für Tag ein und dieselbe leichte Rolle (den Herrn v. Deckers in „Gräfin Lea“) ohne Proben zu spielen, während es keine Kräfte übersteigen würde, hierher zu reisen, täglich Proben zu halten und täglich eine andere Rolle, darunter sehr anstrengende, wie Othello und Macbeth, darzustellen. Bei dieser Gelegenheit hat Herr Barnay das Versprechen erneuert, in nächster Saison jedenfalls Danzig zu besuchen.

Torpartei habe bei der letzten Wahl selbst nicht gewagt, eine Zwangspolitik auf ihr Programm zu schreiben. An dem Scheitern der kürzlichen Conferenz der liberalen Fractionen trage hauptsächlich Chamberlain die Schuld.

An eine Wiedervereinigung der getrennten Liberalen ist natürlich unter solchen Umständen für jetzt gar nicht zu denken.

Freundschaftliche Auseinandersetzungen.

Aus Konstantinopel wird mitgetheilt, daß die vielverbreitete Nachricht, der russische Botschafter, Herr v. Nelidow, habe der Pforte neuerlich nahe gelegt, in einem nach Sofia zu richtenden Ultimatum die Resignation der Regentenschaft zu fordern und im Falle der Nichtgewährung dieser Forderung ihre Beziehungen zur bulgarischen Regierung abzubauen, in unrichtigen Kreisen der türkischen Hauptstadt keine Befriedigung findet. Herr von Nelidow kenne die Dispositionen der Pforte genau genug, um zu wissen, daß ein Vorschlag der bezeichneten Art keine Aussicht auf Annahme hätte. Die Pforte bemühe sich nach wie vor, den Faden der Verhandlungen fortzuführen, und hege die Hoffnung, daß im Laufe der weiteren Entwicklung der Dinge ein Moment eintreten werde, in welchem sie ihr Vermittlungswerk mit Aussicht auf Erfolg wieder aufnehmen können. Um sich selber diese Möglichkeit und dem Frieden der Balkanhalbinsel diese Chance zu erhalten, müsse die Pforte darauf achten, ihrer Haltung stets den Charakter voller Unparteilichkeit zu wahren. Nach der gegebenen Lage der Dinge erkenne die Pforte wohl, daß die Umgestaltung der Regentenschaft und Regierung die unvermeidliche Vorbedingung für das Geraustritten Rußlands aus seiner gegenwärtigen Politik bildet und, dieser Nothwendigkeit sich unterwerfend, lasse sie es an Bemühungen nicht fehlen, diesen Standpunkt auch der bulgarischen Regierung gegenüber zu vertreten, aber stets im Tone freundschaftlicher Auseinandersetzungen, niemals mit dem Charakter einer politischen Forderung.

Reichstag.

19. Sitzung vom 22. April.

Erste Beratung des Gesetzesentwurfs, betr. die Abänderung von Bestimmungen des Gerichtskosten-gesetzes und der Gebührenordnung für Rechts-anwälte.

Staatssecretär v. Schelling führt aus, daß die Er-fahrung seit dem Erlaß der Justizgesetze gezeigt habe, daß damals die Anwalts-Gebühren nicht zu niedrig bemessen worden seien. Die Erfahrung habe vielmehr gezeigt, daß eine Revisionsbedürftigkeit der Anwalts-Gebührenordnung jetzt in entgegengelegter Richtung hervortrete. Die veränderten Verhältnisse erfüllten daher nur ihre Pflicht, wenn sie die Vorlegung des Entwurfs nicht länger aufschoben. Die Vorschläge des Entwurfs seien mit großer Mäßigung und billiger Rücksichtnahme auf den Anwaltsstand gemacht. An der Grundtatsache zum Werthbetrag von 10 000 M. werde nichts geändert, nur einzelne in der Praxis hervorgetretene Schäden würden beseitigt und die Konsequenzen des Pauschalbetrags strenger gezogen. Auch lehne sich der Entwurf zum großen Theil an Vorschläge aus dem Anwaltsstand an. Im Reichs-tage haben schon früher die Abg. Beyer und Forstmann Reformaten in derselben Richtung, die dieser Entwurf einschlägt, empfohlen. Die Erleichterung eines würdigen und materiell gesicherten Anwaltsstandes würde durch die in dem Entwurf vorgeschlagenen Veränderungen nicht im entferntesten gefährdet. Uebrigens könne namentlich beim System der freien Advocatur die Gesetzgebung unmöglich ihre Fürsorge der Erziehung einzelner An-wälte widmen. Ihre Aufgabe könnte nur sein, daß es den ausreichend beschäftigten Anwälten an standes-gemäßen Einkommen nicht gebräche. Als genügend sei eine gleiche Lebensstellung von den Rechts-anwälten mit den richterlichen Beamten anzusehen. Auch nach Abzug dessen, was der Anwalt an Stelle der staatlichen Invaliden- und Pensionsverorgung aufzubringen habe, gebe das Durchschnittseinkommen vielfach weit über das durchschnittliche Gehalt eines richterlichen Beamten erster Instanz hinaus. Die Ver-richtskosten seien ein Beitrag, den der Staat für die Unterhaltung der Gerichtseinrichtungen von demjenigen erhebt, welche von den Einrichtungen Gebrauch machen. Ein allgemeiner Parallelismus zwischen Gerichtskosten und Anwaltsgebühren lasse sich also nicht construiren. Ungerechte Ueberbürdungen abzustellen ließe die Regierung bereit, nicht aber eine allgemeine Senkung des Niveaus der Kosten einzuführen. Die Einnahmen der Justiz-verwaltung der Einzelstaaten deuten bei weitem nicht die Ausgaben und eine Ueberwälzung auf die Schultern der Steuer-ahler könnte man nicht für zeitgemäß halten. Hoffentlich würde die Gebührenfrage diesmal eine be-friedigende Lösung finden.

Abg. Meyer-Jena (n.-l.) begrüßt die Absicht einer weiteren Herabminderung der Kosten der Rechtspflege mit Freuden, findet aber, daß die Vorlage diese Absicht in zu einseitiger Weise durch Verabreichung der Anwalts-gebühren zu erreichen sucht. Der Reichstag hat in seiner früheren Resolution hauptsächlich auf eine Herabminderung der Gerichtskosten gebrungen. Die veränderten Verhältnisse sollten doch noch einmal erwogen, ob die

Literarisches.

* „Durch die Jahrhunderte. Von Carmen Sylva. Aus „Carmen Sylva's Königreich II.“ — Bonn 1887. Verlag von Emil Strauß.

Die geistvolle Schriftstellerin, Königin Elisabeth, hat in diesem Buche die geschichtlichen Ueberlieferungen in den Volksballaden Rumäniens, die sie mit Hilfe des Dichters Vasil Alexandri gesammelt, dem deutschen Volke feinsinnig und geschmackvoll in poetischer Prosa überliefert. Wie der Titel andeutet, trifft es sich, daß alle Helden der rumänischen Vergangenheit, von den Seiten der römischen Eroberung des Dacienlandes bis zur Gegenwart, charakteristische Bilder in diesen Balladen hinterlassen haben, die sich hier in historischer Folge aneinander reihen. Das Buch ist Vasil Alexandri, gegenwärtig Gesandter in Paris, gewidmet. Ein Schlusskapitel: „Die Alexandri die Balladen fand“, läßt uns einen Blick in jene poetische Zauberwelt des Rumä-nischen sehen, wo Carmen Sylva und eine Schaar schöner und talentvoller Dichter, alle in der Rumänischen Tracht, der verschiedenen Ränke, der Musik, Malerei und Dichtkunst pflegen. Es wird uns ein Abend geschildert, den diese kunstbegleiteten Frauen mit dem von ihnen hochverehrten Dichter Alexandri verleben.

Stadt-Theater.

„L'Arranges oft gespielt Volksstück „Mein Leopold“ kann sich immer noch sehen lassen, wenn die entsprechenden Kräfte für die Hauptpartien vorhanden sind, und so fand es denn auch gestern hier eine sehr beifällige Aufnahme. Herr Ketty besitz die Fähigkeiten für die beiden Seiten, aus denen sich die Rolle des alten Weigelt, allerdings nicht in überzeugender Charakterconsequenz, zusammensetzt; denn in den ersten beiden Acten ist der reiche Handwerker und Hausbesitzer doch zu sehr die komische Figur der Berliner Pötte mit ihren Ueberreibungen, er ist zu schwachköpfig und zugleich zu herlos trotz seiner sogenannten Liebe zu seinem Sohne, als daß die verständige Resignation, mit der er dann im 3. Act sein schweres Schicksal trägt, recht glaubhaft werden kann. Jedenfalls wußte aber Hr. Ketty die Partie nach beiden Richtungen wirksam darzustellen. Brachte er im ersten Theil des Stückes das Komische zur vollen Geltung, so ließ er es auch im zweiten Theil weder an äußerer Charakterzeichnung, noch an Innerlichkeit für die Darstellung des armen, gedemüthigten Greises fehlen. Die Rolle der Emma Bernikow, welche ganz den bekannten Typus der Soubrette in der Berliner Pötte zeigt,

12	754,4	Sachl. Ausg. bewährt.
<p>Verantwortliche Redakteure: für den politischen Theil aus- wählte Redigenten: Dr. B. Hermann, -- das Familien- und Strafrechts- Räcker, -- den lokalen und vögelischen, Handels-, Marine-Theil und seinen redaktionellen Inhalt: A. Biers, -- für den Professor B. Kellmann, sämtlich in Leipzig.</p>		

mit einem Vermögen von 15000 ^{th.}
welche geneigt sind eine glückliche Ehe
einzugehen beliebe ihre Adresse unter
Nr. 7595 in der Exped. dieser Zeitung
vertrauensvoll abzugeben.

J. Kretschmer,
Auctionator, Heilige Geistgasse Nr. 52.

Ein junger Mann, Stenograph, gegenwärtig in Sielung, sucht zum 15. Mai andern Engagement. Gef. Adressen unter Nr. 7592 in der Expedition dieser Ztg. erbeten.

2. Außerordentliche Sitzung. Ver-
gebung des Humboldtstipendiums.
Wahl. (7633)
Prof. Dr. Bail.

Druck und Verlag v. A. W. Rosemann
in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Druck und Verlag v. A. W. Kafemann
in Danzig.
Hierzu eine Beilage.

Beilage zu Nr. 16421 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, 23. April 1887.

Abgeordnetenhaus.

(Schluß.)

Fürst Bismarck: Ich halte es nicht für richtig, in dem Augenblicke, wo wir mit der einen Kirche Frieden schließen, einen Culturkampf mit der anderen zu beginnen. Die Regierung will der evangelischen Kirche gewiß wohl, aber sie ist nicht dazu da, als Hilfsorgan zu dienen für Velleitäten, die tief in das Leben der Kirche eingreifen. Ich glaube auch nicht, daß die Majorität der Evangelischen geneigt ist, ihre Zustimmung zu dem Frieden mit der katholischen Kirche abhängig zu machen von der Gewährung von Rechten an die evangelische Kirche. Ich glaube nicht, daß die Mehrheit der Evangelischen auf solche Weise Rechte erpressen will. Richtig ist, daß ich gestern gesagt habe, wenn die katholischen Landleute kommen und sagen, das und das brauchen wir, so gebe ich es ihnen. Mein Standpunkt zur katholischen Kirche ist eben ein anderer, als zur evangelischen. Ich bin eben selbst Vitalist der letzteren, und da will ich nicht das Opfer des Verstandes begehen und mir von Anderen vorschreiben lassen, was für die evangelische Kirche Erfordernis ist. (Beifall.) Ueber vermehrte Dotation der evangelischen Kirche habe ich mich gestern ausgesprochen. Auch wenn man für die evangelischen Priester eine andere Stellung verlangt, etwa so wie die der katholischen Amtsbrüder ist, so habe ich auch dagegen nichts. Aber durch solche Initiativanträge wird nur der Frieden gestört. Ueber das Verhältnis der evangelischen Kirche habe ich mich überhaupt nicht zu äußern, das ist keine Sache der äußeren Politik, und darüber sich auszulassen, muß man seinem Kollegen, dem Kultusminister, überlassen. (Beifall.)

Abg. Waff (nat-lib.): Der Antrag Hammerstein will ein vom Staate unabhängiges evangelisches Kirchenregiment schaffen, das auch die Leitung der theologischen Lehrstühle in der Hand haben soll. Wobin das führt, haben wir in Hannover gesehen, wo beinahe einer der berühmtesten Theologen, Rietsch, von der Synode verdammt worden wäre. — Die Vorlage wird den Frieden nicht herbeiführen. Die Jesuiten geben den Kampf gegen Preußen nie auf, Preußen müßte denn katholisch werden. Ich kann es nicht verantworten, der katholischen Hierarchie Waffen in die Hand zu geben, die sie gegen Preußen anwenden kann. Ich hoffe und wünsche, daß unsere Regierung auf diesem Wege, auf dem ich ihr nicht folgen kann, keine Enttäuschung erfährt und nicht später einflieht, daß sie selbst die Mine gegraben hat, die ihren Sturz herbeiführt. (Beifall bei den National-Liberalen.)

Abg. Brüel (Welfe) erklärt, daß er nicht als Lehnsmann des Centrums, sondern allein als evangelischer Christ spreche. Der katholischen Kirche werden die Seminare wiedergegeben, warum sollte die evangelische Kirche oder ein evangelischer Abgeordneter nicht dieselbe Forderung stellen? Bei den meisten Punkten der Vorlage gehen die Bedenken meist aus den Kreisen des Unglaubens oder des Halbgläubens aus. Die Reformatoren haben gegen die Mißbrauche der Orden geeifert, aber nicht gegen das Wesen der Orden. Staatliche Unterstützung der Orden können wir nicht verlangen, ohne die Glaubensfreiheit zu füren. Redner geht dann auf die Entscheidung des Culturkampfes ein. Eine Politik, wie sie Fürst Bismarck getrieben hat, ist nicht in Einklang zu bringen mit den Forderungen der Gerechtigkeit. Ist es richtig, die Bürger des Staats als Feinde zu be-

handeln? Die Regierung hat gesehen, daß die Hammer schläge die katholische Kirche nur gefestigt haben, deshalb schlägt sie einen anderen Weg ein; die Zeit der Weichte ist vorbei, die des Zunderbrotes beginnt, aber nur für die katholische Kirche, nicht für die evangelische Kirche. Der Antrag Hammerstein wird als störend zurückgewiesen. Es muß aber den kirchlichen Organen Freiheit für ihre Entschlüsse gegeben werden.

Fürst Bismarck: Die Rede des Vorredners war nur eine Vervollständigung derjenigen, welche der Abg. Richter im Auftrage vielleicht weniger Mitglieder seiner eigenen Fraction und mehr im Auftrage des Centrums gehalten. Die Rede hat den graviminibus Ausdruck gegeben, welchen das Centrum Ausdruck zu geben sich schenkt. Dazu hat man ja die irregulären Truppen. Der Vorredner ist nicht bloß Lehnsmann, sondern auch Hospitant des Centrums und Welfe, er brandet den Streit unter den Anderen, denn dann blüht sein Weizen. Die Gesinnung des Abg. Brüel geht in ihrer Feindschaft gegen das Reich noch erheblich über die des Abg. Windthorst hinaus. Mir ist gesagt worden, daß der Vorredner eigentlich der intellektuelle Urheber des Antrages Hammerstein ist. Das wirkt auf den Antrag ein neues Licht. Dann wäre der Antrag also von denen ausgegangen, welche neuen Streit hervorrufen wollen. Deshalb ist er gerade in dieser Zeit eingebracht worden. Ich vermute, daß den Abgeordneten andere Gründe bestimmen, als rein kirchliche Interessen. Der Abgeordnete hat mir gegenüber gewisse persönliche Insinuationen von großer persönlicher Schärfe gemacht; ich soll die Forderungen der Sittlichkeit und Gerechtigkeit verletzen. Meine persönliche Abneigung hält mich ab, Gleiches zu thun. Krieg mit eigenen Unterthanen haben wir nicht geführt, wir sind in parlamentarischen und publicistischen Kämpfen gewesen; in solchen sind wir auch heute noch. Wir kämpfen gegen die Welfenfraction noch immer; wir kämpfen gegen Centrum und Socialdemokraten und gegen politische Demokraten. Das ist kein Krieg mit eigenen Unterthanen, sondern das sind parlamentarische Kämpfe zwischen den Ministern und den Parteien, die ja das eigentliche Lebenselement des Vorredners sind. Ich bedauere, daß das Centrum das nationalfeindliche Element der Welfen bei seiner Entfaltung in sich aufgenommen hat, das hat unsere Kämpfe sehr verschärft. Der Vorredner glaubt, daß Niemand außer mir die Maigesetze für Kampfgesetze gehalten habe. Das ist eine Manier, mir indirect die Unwahrheit vorzuwerfen. Ich habe mich ausdrücklich dahin ausgesprochen, daß Niemand darüber zweifelhaft sein kann. Daß der Frieden ein dauernder sein kann, hoffe ich. Ein Garantie kann man ja für keinen Frieden übernehmen. Der Kampf ist, weil er mit Rom geführt wurde, kein confessioneller geworden, sondern ein politischer geblieben; der Papst hat den Einfluß seines Namens dieser Partei geliehen, deshalb sind wir mit ihm in Kampf gekommen. Es ist nicht auf eine Stärkung der Macht der Regierung abgesehen gewesen. Das Ziel des Kampfes war, das Reich zu schützen gegen die subversiven Angriffe der politischen Freunde des Vorredners. Das ist eine ehrenvolle Aufgabe, der ich mich auch ferner widmen will. Daß ich mir dabei die Abneigung des Vorredners zuziehen werde, ist mir klar. Das Urtheil meiner Landsleute aber wird nicht auf Seiten des welfischen Abgeordneten, sondern auf meiner Seite stehen. (Lebhafter Beifall rechts und bei den National-Liberalen.)

Abg. Stöcker (conf.): Bei diesem Friedensschluß ist Niemand voll Sieger und Niemand voll Besiegter, und

das halte ich für eine besondere Gunst der Umstände. Wenn das Centrum nur für seine Kirche hat kämpfen wollen, so kann es mit dem Abschluß zufrieden sein; daß es als Fraction unterlegen ist und Schmerzen hat, ist dem Centrum ganz recht. (Heiterkeit.) Wird das Gesetz den Frieden schaffen? Ein Friedensschluß wird es nicht sein, wenn es nur der Schluß des bitteren Culturkampfes wäre. Der Geisteskampf zwischen beiden Kirchen kann nicht beendet werden durch eine staatliche Gesetzgebung. Der gegenwärtige Papst mag friedliebend sein, aber der Papst ist keine Person, sondern ein Princip. Der gegenwärtige Papst hat aus den Principien der Reformation den Communismus und Socialismus abgeleitet. Das sind Gesichtspunkte, die ich nicht vergessen kann. Auf die Frage der Seminare, der Anzeigepflicht lege ich ein großes Gewicht nicht. Aber was mich besorgt macht über die evangelische Kirche, das ist die Frage der Orden. Hr. Brüel hat gemeint, die Bedenken auf evangelischer Seite entspringen theilweise aus Unkenntnis. Das ein Stand, welcher das Eigenthum, das Familienleben, die Grundlage unseres bürgerlichen Lebens vollständig negiert, als ein bevorzugter Stand hingestellt werden kann, ist doch gefährlich, namentlich zur Zeit eines so principiell heftigen Kampfes. Die Orden sind die Waffen der katholischen Propaganda. Der Kampf um die Schule wird begonnen damit, daß man die Schulklassen zuläßt, über deren Constitutionen hinsichtlich so Vieles mitgeteilt hat, daß man daraus erfieht, sie sind zur allgemeinen bürgerlichen Erziehung unserer Jugend nicht geeignet. Ich billige es, daß der Fürst Bismarck die Autorität des Papstes angerufen, um einer confessionellen Partei entgegenzutreten. Aber ist eine friedfertige Stellung möglich, wenn der anderen Partei der Communismus und Socialismus angehängt wird? Die Selbständigkeit der evangelischen Kirche ist nicht mehr vorhanden, sie ist dem Staate unterworfen. Die katholische Kirche hat sich gestärkt, durch den Culturkampf ist das Eisen zu Stahl gehämmert worden. Das Prestige der katholischen Kirche wird vermehrt, wenn auch das Prestige des Hrn. Windthorst etwas geschwächt wird. Die Orden würden die Propaganda für die katholische Kirche stärken, wie es für den Frieden des Auslandes unerträglich ist. Die Beunruhigung im evangelischen Volke ist groß, daher kommt der Antrag Hammerstein, der kein Zankapfel ist, auch kein Kaufpreis für die Vorlage, die Hr. v. Hammerstein ohne weiteres annehmen will. Die evangelische Kirche hat die beschiedene Bitte ausgesprochen, daß die Regierung auf ihre Freiheiten Bedacht nehme. Wenn der Reichskanzler das, was er patriotischen Katholiken versprochen, auch evangelischen Christen versprechen wollte, dann würde ich für die Vorlage stimmen können. Nach dem Schlusse der gestrigen Rede des Reichskanzlers kann ich das nicht.

Abg. v. Jazdzewski schließt sich namens der Polen der gestrigen Erklärung des Centrums an.

Die Discussion wird geschlossen.

Persönlich bemerkt **Abg. Brüel:** Der Reichskanzler hat mir meine Eigenschaft als Welfe vorgeworfen. Ich bin allerdings ein Welfe in dem Sinne, daß ich mit offenem Visir kämpfe für das, was ich als Recht eines niedergetretenen Volksammes (Oh!) einer vertriebenen Dynastie und meines früheren Landesherrn erkenne. Dieses Kampfes schäme ich mich nicht. Welfische Umtriebe mache ich meinstheils durchaus nicht. Das Reich

und seinen Bestand erkenne ich durchaus an und habe nie dagegen gekämpft.

Abg. Windthorst: Wenn ich nicht auf die Angriffe gegen mich antworte, so geschieht es nur, um diese Discussion in keiner Weise zu verbittern. Nur eins muß ich bestimmt zurückweisen: nämlich die Insinuation des Reichskanzlers, ich hätte auf die Haltung der Abgeordneten Richter und Brüel eingewirkt. Ich habe jederzeit auch dem Herrn Reichskanzler gegenüber den Muth bewiesen, das zu sagen, was ich für meine Pflicht halte. Dazu brauche ich andere Organe nicht. (Heiterkeit.)

Abg. Richter: Mein im letzten Wahlkampf durchgefallener Gegencandidat v. Gynern hat es für angemessen erachtet, diese hochpolitische Debatte heranzuziehen durch Reproduction einiger kleinerer Kladderadatschweize über die „Freisinnige Zig“. Ich möchte ihn bitten, künftighin doch zu versuchen, auch einmal selbständig einen Witz zu machen. (Heiterkeit.) Er hat aus einem Brief von mir aus d. J. 1873 an meine Hagenener Wähler einige Stellen verlesen, aber nicht diejenigen, worin ich mich dagegen verwahrte, daß irgend wie vom Staate größere Rechte der katholischen Kirche eingeräumt werden. Nicht ich, sondern Hr. v. Gynern mit Hrn. v. Gumb hat den Auschlag für den Anfang der Abbrüdelung der Maigesetzgebung gegeben. Ich soll dann päpstlicher sein als der Papst, vertrete hier bloß Wahlinteressen und lasse mich durch äußere Motive leiten. Genau so hat der Reichskanzler gestern gesungen, wie heute Herr v. Gynern gewitschert hat (Heiterkeit). Ich erwidere dem Reichskanzler, der auch von einem Lehnverhältnis zu Windthorst sprach, daß ich bisher angenommen habe, es vertrage sich mit den parlamentarischen Regeln nicht, dem Gegner Motive unterzulegen, zu denen er sich nicht bekennt. Das berührt mich nicht und ist bloß ein Beweis des übeln Willens und der Neigung, mir unwürdige Motive unterzuschieben, die den Reichskanzler charakterisiren. Es wird das aber Niemanden etwas Neues sein.

Abg. v. Hammerstein bemerkt, daß er schon im vorigen Jahre direct im Anschluß an die damalige kirchenpolitische Vorlage seinen Antrag gestellt habe. Hr. Brüel sei also der Urheber nicht.

Abg. v. Gynern: Hr. Richter sollte mir doch dankbar sein, daß ich durch Verlesung seines Briefes und seiner darin enthaltenen Vorschläge ihm Gelegenheit gegeben habe, sich als praktischen Staatsmann einzuführen, während er sonst lediglich die Vorschläge anderer Staatsmänner bekämpft. Ich möchte Hrn. Richter bitten, den Brief von 1873 in seiner Zeitung abdrucken zu lassen, dann wird sich die Heiterkeit auf das ganze Land verbreiten. (Heiterkeit.)

Abg. Richter: Dieser Brief wird von den National-Liberalen bei jeder Wahl abgedruckt, und in Folge dessen fallen sie jedesmal durch, das letzte Mal Hr. v. Gynern. (Große Heiterkeit.)

Der Antrag Gneist auf commissarische Berathung wird gegen die Stimmen der National-Liberalen und einiger Freiconservativen abgelehnt.

Nächste Sitzung: Sonnabend.

Am Sonntag, 24. April 1887,

predigen in nachbenannten Kirchen:

St. Marien. 8 Uhr Diaconus Dr. Weinlig. 10 Uhr Consistorialrath Kahle. 2 Uhr Archidiaconus Bertling. Beichte Sonnabend 1 Uhr und Sonntag 9½ Uhr. Donnerstag fällt der Gottesdienst wegen Reinigung der Kirche aus.

St. Johann. Vorm. 9½ Uhr Pastor Hoppe. Nachmittags 2 Uhr Prediger Auerhammer. Beichte Sonntag Morgens 9 Uhr.

St. Catharinen. Vorm. 9½ Uhr Pastor Ostermeyer. Nachmittags 2 Uhr Archidiaconus Blech. Beichte Morgens 9 Uhr.

Spendhaus-Kirche. Vormittags 9½ Uhr Prediger Blech.

St. Trinitatis. Vorm. 9½ Uhr Gastpredigt Pfarrer Müller aus Rommelen. Beichte um 9 Uhr früh und Sonntags 12½ Uhr Mittags. Nachmittags 2 Uhr Prediger Dr. Malzahn.

St. Barbara. Vorm. 9½ Uhr Prediger Fuhs. Nachm. 2 Uhr Prediger Hevelke. Beichte Morg. 9 Uhr. Nachmittags 1 Uhr Kindergottesdienst in der großen Sakristei Predigtamtskandidat Rahmann. Mittwoch, Abends 7 Uhr, Wochen-Gottesdienst in der großen Sakristei Prediger Hevelke.

Garnisonkirche zu St. Elisabeth. Vorm. 10½ Uhr Gottesdienst Divisionspfarrer Köhler. (Nach dem Gottesdienste Einsegnung und Feier des heil. Abendmahls) Divisionspfarrer Köhler. Beichte Vormittags 10 Uhr.

St. Petri und Pauli. (Reformierte Gemeinde.) Vorm. 9½ Uhr (Sommerhalbjahr) Prediger Soyman.

St. Bartholomäi. Vorm. 9½ Uhr Consistorialrath Hevelke. Die Beichte Morgens 9 Uhr.

Heilige Leihnam. Vorm. 9½ Uhr Superintendent Boie. Die Beichte 9 Uhr Morgens.

Verhaus der Brüdergemeinde. Johannisgasse Nr. 18. Nachm. 6 Uhr Predigt, Prediger Pfeiffer.

St. Salvator. Vorm. 9½ Uhr Pfarrer Both. Beichte um 9 Uhr in der Sakristei.

Wenoniten-Gemeinde. Vormittags 9½ Uhr Prediger Mannhardt.

Kindergottesdienst der Sonntagschule. Spendhaus. Nachmitt. 2 Uhr.

Diaconissenhaus-Kirche. Vorm. 10 Uhr Gottesdienst Pastor Kolbe.

Himmelfahrts-Kirche in Neufahrwasser. Vorm. 9½ Uhr Pfarrer Stengel. Beichte 9 Uhr.

Heil. Geistkirche. (Evangelisch-lutherische Gemeinde.) Vormittags 9 Uhr Pastor Köh. Nachmittags 2½ Uhr Vespertagesdienst. — Mittwoch, Abends 7 Uhr, Vespertagesdienst.

Evangelisch-lutherische Kirche, Manergang 4 (am breiten Thor). 10 Uhr Hauptgottesdienst Prediger Dunder. — Nachm. 3 Uhr Predigt, derselbe.

Königliche Kapelle. Frühmesse 8 Uhr. Hochamt mit Predigt 10 Uhr. Nachm. 2½ Uhr Vesperandacht.

St. Nicolai. Frühmesse 7 und 8 Uhr. Hochamt mit Predigt 9½ Uhr Prälat Landmesser. Nachm. 3 Uhr Vesperandacht.

St. Josephs-Kirche. 7 Uhr Frühmesse. Vorm. 9½ Uhr Hochamt. Nachm. 5½ Uhr Vesperandacht.

St. Brigitta. Militär-Gottesdienst früh 8 Uhr, heil. Messe mit polnischer Predigt Divisionspfarrer Dr. v. Mieskowski. — Frühmesse 7 Uhr. Hochamt mit Predigt 9½ Uhr. Nachmittags 3 Uhr Vesperandacht.

St. Hedwigskirche in Neufahrwasser. 9½ Uhr Hochamt mit Predigt Pfarrer Reimann.

Freie religiöse Gemeinde. Im Gewerbehause: Vorm. 10 Uhr Prediger Ködner.

Baptisten-Kapelle, Schießtange 13/14. Vorm. 9½ Uhr, Nachmitt. 4½ Uhr Prediger Penski.

Kapelle der Apostolischen Gemeinde (Schwarzes Meer 26). Jeden Sonntag Vormittags 10 Uhr Haupt-Gottesdienst. Nachmitt. 4 Uhr Predigt, Abends 6 Uhr Evangelisten-Vortrag. Zutritt für Jedermann.

Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Danzburg, 22. April. Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holsteinischer loco 160,00—165,00. — Roggen loco ruhig, medlenburgischer loco 125 bis 130, russischer loco ruhig. 95,00—98,00. — Hafer und Gerste flau. — Rüböl matt, loco 41. — Spiritus fest, für April 24½ Br., für Mai-Juni 24½ Br., für Juli-August 26 Br., für Septbr.-Oktbr. 27½ Br. — Kaffee lebhaft, steigend, Umsatz 14 500 Sack. — Petroleum ruhig,

Standard white loco 5,10 Br., 5,95 Gd., für August-Dez. 6,40 Gd. — Wetter: Schön.

Bremen, 22. April. (Schlussbericht.) Petroleum schwach. Standard white loco 5,95 Br. **Frankfurt a. M., 22. April** (Effecten = Societät.) (Schluss.) Creditactien 225½, Franzosen 188, Lombarden 64½, Galizier 164½, Ägypter 75,10, 4½ ungar. Goldrente 80,80, 1880er Russen 81,30, Gotthardbahn 93,70, Disconto-Commandit 193,30, portug. Anleihe 93,70, Dresdener Bank 131,70. Matt.

Wien, 22. April. (Schluss-Course.) Oesterr. Papierrente 81,42½, 5½ Oesterr. Papierrente 97,85, Oesterr. Silberrente 82,45, 4½ Oesterr. Goldrente 112,80, 4½ ungar. Goldrente 101,70, 4½ ungar. Papierrente 88,70, 1854er Loose 128,50, 1860er Loose 132,00, 1864er Loose 165,00, Creditloose 179,25, ungar. Prämienloose 120,50, Creditactien 283,20, Franzosen 235,75, Lombarden 82,00, Galizier 205,00, Lemb.-Czernowit.-Jassy-Eisenbahn 230,25, Bardschiker 157,00, Nordwestb. 163,00, Elbthalbahn 162,00, Kronprinz-Rudolfsbahn 186,75, Nordbahn 2435,00, Cons. Unionbank 213,00, Anglo-Austr. 105,75, Wiener Bankverein 94,00, ungar. Creditactien 287,25, Deutsche Plätze 62,35, Londoner Wechsel 126,90, Pariser Wechsel 50,20, Amsterdamer Wechsel 105,15, Napoleons 10,05, Dukaten 5,93, Marknoten 62,35, Russische Banknoten 1,11¼, Silbercoupons 100, Ländersbank 241,50, Tramway 231,50, Tabactien 53,00.

Amsterdam, 22. April. Getreidemarkt. Weizen auf Termine unverändert, für Mai 220, für Novbr. 220 — Roggen loco unverändert, auf Termine geschäftlos, für Mai 115 bis 116, für Oktober 122. — Rüböl loco 23, für Mai 22¼, für Herbst 22¼.

Antwerpen, 22. April. Petroleummarkt. (Schlussbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 15½ bez., 15¼ Br., für Mai 15 Br., für Juli 15½ Br., für Sept.-Dezbr. 15½ Br. Weichend.

Antwerpen, 22. April. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer flau. Gerste unbeliebt.

Paris, 22. April. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen fest, für April 24,60, für Mai 24,80, für Juni-August 25,10, für Juli-August 25,30. — Roggen fest, für April 15,60, für Juli-August 15,60. — Weizen fest, für April 54,00, für Mai 54,25, für Juni-August 54,75, für Juli-August 54,90. — Rüböl träge, für April 49,00, für Mai 49,50, für Juni-August 50,25, für Sept.-Dez. 51,50. — Spiritus rubig, für April 41,25, für Mai 41,50, für Juni-August 41,75, für Sept.-Dezbr. 40,50. — Wetter: Schön.

Paris, 22. April. (Schlusscourse.) 3½ amortisirbare Rente 83,90, 3½ Rente 79,40, 4½ Anleihe 108,55, italienische 5½ Rente 97,15, Oesterr. Goldrente 89¼, ungarische 4½ Goldrente 81, 5½ Russen de 1877 100,00, Franzosen 472,50, Lombardische Eisenbahnactien 180,00, Lombardische Prioritäten 303, Convert. Türken 13,45, Türkenloose 32, Credit mobilier 275,00, 4½ Spanier 63½, Banque ottomane 502, Credit foncier 1350, 4½ Ägypter 380,00, Suez-Actien 2002,00, Banque de Paris 705, Banque d'escompte 455,00, Wechsel auf London 25,26½, 5½ privil. türkische Obligationen —, Panama-Actien 403.

London, 22. April. Consols 102½, 4proc. preussische Consols —, 5proc. italienische Rente 96, Lombarden 7¼, 5½ Russen de 1871 95½, 5½ Russen de 1872 93, 5½ Russen de 1873 94¼, Convert. Türken 13½, 4½ fund. Amerik. 131¼, Oesterr. Silberrente —, Oesterr. Goldrente —, 4½ ungar. Goldrente 80½, 4½ Spanier 63½, 5½ privil. Ägypter 95½, 4½ unis. Ägypter 75½, 3½ garant. Ägypter 99½, Ottomanbank 10½, Suezactien 79¼, Canada-Pacific 65½. — Platzdiscont 1½ %.

London, 22. April. An der Rüste angeboten 2 Weizenlabungen. — Wetter: Regen.

London, 22. April. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 8660, Gerste 1520, Hafer 26 110 Dtr. — Sämtliche Getreidearten ruhig, Weizen und Weizen stetig, Mais behauptet,

Gerste williger, Hafer fest, ordinärer theurer, Bohnen und Erbsen träge.

Liverpool, 22. April. Getreidemarkt. Weizen stetig. Wetter: Regnerisch.

Petersburg, 22. April. Wechsel London 3 Monat 21½, Wechsel Berlin, 3 Monat, 173½, Wechsel Amsterdam, 3 Monat, 106½, Wechsel Paris, 3 Monat, 223, ¼ = Invervals 2,30. Russ. Präm.-Anl. de 1864 (gestift.) 252¼, Russ. Präm.-Anl. de 1866 (gestift.) 232, Russ. Anleihe de 1873 166¼, Russ. 2. Orientanleihe 99¼, Russ. 3. Orientanleihe 99¼, Russ. 6½ Goldrente 195¼, Russische 5½ Boden-Credit-Pfandbriefe 163, Große russische Eisenbahnen 279¼, Kursk-Kiew-Actien 363¼, Petersburger Disconto-Bank 752, Warschauer Disconto-Bank —, Russische Bank für auswärtig. Handel 315, Petersburger internat. Handelsbank 465¼, Privatdiscont 4½ %. — Productenmarkt. Talg loco 44,00, für August 43,00. Weizen loco 13,30. Roggen loco 7,10. Hafer loco 4,10. Hafer loco 45,00. Weizen loco 13,50. — Wetter: Kalt.

Petersburg, 22. April. Rassenbestand 129 465 639 Rbl., Discontirte Wechsel 21 742 106 Rbl., Vorschüsse auf öffentliche Fonds 2 280 475 Rbl., Vorschüsse auf Actien und Obligationen 11 199 516 Rbl., Contocorrente des Finanzministeriums 64 744 730 Rbl., Sonstige Contocorrente 73 017 337 Rbl., verzinsliche Deposits 26 936 475 Rbl.

Newport, 21. April. (Schluss-Course.) Wechsel auf Berlin 95¼, Wechsel auf London 4,86, Cable Transfers 4,87½, Wechsel auf Paris 5,21¼, 4½ fund. Anleihe von 1877 129½, Erie-Bahn-Actien 34½, New-Yorker Central-Bahn-Actien 113½, Chicago North-Western-Actien 119¼, Lake-Superior-Actien 95¼, Central-Pacific-Actien 41½, Northern Pacific-Preferred-Actien 61¼, Louisville u. Nashville-Actien 68½, Union-Pacific-Actien 60½, Chicago-Milw. u. St. Paul-Actien 92¼, Reading und Philadelphia-Actien 45½, Wabash-Preferred-Actien 35½, Canada-Pacific-Eisenbahn-Actien 64, Illinois-Centralbahn-Actien 135½, Erie-Second-Bonds 102½. — Waarenbericht. Baumwolle in Newport 10½, do. in New-Orleans 10½, raffin. Petroleum 70 ¾. Abel Test in Newport 6½ Gd., do. in Philadelphia 6½ Gd., rohes Petroleum in Newport — D. 6 U. do. Pipe line Certificats — D. 63½ O. Zucker (Fair refining Muscovados) 4½. — Kaffee (Fair Rio-) 16¼. — Schmalz (Wilcox) 7,62, do. Fairbanks 7,55, do. Robe und Brothers 7,60. — Spec 8¼. — Getreidefracht 1½.

Newport, 22. April. Wechsel auf London 4,86¼, Rother Weizen loco 0,93¼, für April 0,92¼, für Mai 0,92¼, für September 0,91¼. Mehl loco 3,50. Mais 0,49½. Fracht 1 d. Zucker (Fair refining Muscovados) 4½.

Viehmarkt.

Berlin, 22. April. Städt. Centralviehhof. (Amtlicher Bericht der Direction.) Es fanden zum Verkauf: 531 Rinder, 849 Schweine, 1267 Kälber und 14 Hammel. Von Rindern wurden ca. 150 Stück geringer Waare zu bisherigen Preisen abgesetzt. Der Schweinemarkt wurde bei rubigem Handel ziemlich geräumt. Preise unverändert. Waare I. Qualität fehlte. In Kälbern verlief das Geschäft in Folge des reichlichen Angebots für gute Waare ruhig, für geringe aber schleppend. Ia. 40—50, beste Posten auch darüber, IIa. 28—38 ½ für 8 Fleischgewicht. — Hammel wurden nicht gehandelt.

Zucker.

Magdeburg, 22. April. (Wochenbericht der Magdeburger Börse.) Rohzucker. Im Verlaufe dieser Woche war die Stimmung an unserem Markte ununterbrochen fest und vertrauensvoll. Namentlich beteiligten sich unsere heimischen Raffinerien lebhaft am Geschäft und nahmen alles, was von besseren Qualitäten angeboten wurde, schlanke auf; der Export war weniger animirt, da die großen ausländischen Märkte der hiesigen Besserung nicht ganz nach Wunsch folgten. Bei mäßigem Angebot war am Schluss eine Preisaufbesserung von 25—35 ½ für 96er und 10—20 ½ für Rendement 88er u. 75er zu constatiren.

In jüngster Zeit wurde wieder vielfach auf Basis 96½ Polarisation mit 5 ½ Regulirung ca. 7 ½ auf und ab gehandelt und dafür am Schluss 20 60—21,85 M. exclusive bezahlt. Umgesetzt werden ca. 136,000 Ctr. Raffinirte Zucker. Die Tendenz unseres Marktes blieb auch im Laufe dieser Berichtswoche dem Artikel ohne jede Unterbrechung recht günstig und wurden sowohl für Brode als auch gemahlene Zucker dafelnd und auf Lieferung für alle Termine bei ansehnlichen Umsätzen wiederum 25—75 ½ höhere Preise.

Melasse: effectio bessere Qualität, zur Entzuckerung geeignet, 42—43° B. (alte Grade) excl. Tonne 3,20—3,80 M., 80—82 Brix. excl. Tonne 3,20—3,80 M., geringere Qualität, nur zu Brennereizwecken passend, 42—43° B. (alte Grade) excl. Tonne 2,50—3,00 M. Unsere Melasse-Notierungen beziehen sich auf alte Grade (42° = 1,4118 spec. Gewicht). Ab Stationen: Kornzucker, excl., von 96 ½ 21,35—21,65 M., do. excl., 88° Rendem. 20,10—20,50 M., Nachproducte, excl., 75° Rendem. 16,20 bis 18,00 M. für 50 Kilgr. Bei Posten aus erster Hand: Raffinade, fein ohne Fas 27 M., fein ohne Fas 26,50 M., Meißl fein ohne Fas 26,25 M., Würfelzucker II. mit Riste 26,50—27,25 M., Gem. Raffinade I. mit Sack 25,50—26 M., gem. Meißl I. mit Sack 25,25 M., Farina mit Sack 21,50—24,00 M. für 50 Kilogr.

Plehnendorfer Canal-Liste.

22. April.
Schiffsgefäße.
Stromab:

Apelt, Bronislaw, 100 T. Kartoffelmehl, Ordre; Donning, Wiskow, 99 T. Theer, Ordre; Lieh. Gerswinkl, 123 T. Weizen, Steffens; Golisch, Bloclamel, 135 T. Weizen, Steffens; Klotz, Blocl, 141,25 T. Roggen, Mir; Dombrowski, Bohmad, 12,50 T. Weizen, Ordre; Raap, Brenzlaff, 10 T. Weizen, Ordre; Burnide, Graubenz, 89,60 T. Weizen, Mir; Stodowski, Graubenz, 75 T. Weizen, Steffens; Zushinski, Graubenz, 64 T. Weizen, Mir; J. Dombrowski, Einlage, 45,60 T. Weizen, Ordre; sämtlich nach Danzig.

Thorner Wechsel-Rapport.

Thorn, 22. April. Wasserstand: 2,06 Meter.
Wind: S. Wetter: veränderlich, kalt, windig.

Verantwortliche Redactoren: für den politischen Theil und amtliche Nachrichten: Dr. B. Hermann, — das Feuilleton und literarische & Wächner, — den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine-Theil und den übrigen redactionellen Inhalt: A. Klein, — für den Inseratenthell: H. B. Hofmann, sämtlich in Danzig.

Die Ziehung der Oppenheimer Dombau-Lotterie hat durch die Verschiebungen der Ziehungen der Geld-Lotterien vom Rothen Kreuz, Kölner Dombau, Ulmer Münsterbau u. ebenfalls verschoben werden müssen und ist der endgiltige Ziehungstermin auf den 6. September d. J. festgesetzt worden.

Die Ansichten der meisten Aerzte stimmen darin überein, daß die Apotheker R. Brandt's Schweizerpillen von allen fertigen Abführmitteln das angenehmste, sicherste und unschädlichste sind, weshalb dieselben auch Bitterwässern, Sulzberger Tropfen u. stets vorgezogen werden. Erhältlich à Schachtel 1 M. in den Apotheken.

An den Nachwehen von Lungen- und Rippen-Entzündungen geht so manches Leben zu Grunde, das noch länger hätte bewahrt werden können, wenn diese Nachwehen mit den geeigneten Mitteln behandelt worden wären. Zu den bewährtesten Mitteln, die Reizungen von Lungen- und Rippenfell-Entzündungen zu beseitigen, gehört aber anerkannter Maßen der Gebrauch der Sodener Mineral-Quellen, beziehungsweise der aus den wirksamsten dieser Quellen gewonnenen Sodener Mineral-Pastillen, welche unter officieller ärztlicher Controle angefertigt, den Patienten und Reconvalescenten überall durch die besten Apotheken à 85 ½ Schachtel zugänglich gemacht werden.